



HESSISCHER LANDTAG

19. 02. 2013

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag

**der Abg. Fuhrmann, Gremmels, Eckert, Lotz,
Dr. Pauly-Bender (SPD) und Fraktion**

**betreffend Pferdefleischskandal erfordert schnelles Handeln -
besseres Informationsrecht der Verbraucher und mehr Kontrollen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, gegenüber der Bundesregierung auf eine Stärkung der Verbraucherrechte im Rahmen des Verbraucherinformationsgesetzes zu dringen. Es muss künftig gewährleistet sein, dass Behörden bei Anfragen von Verbraucherinnen und Verbrauchern auch dann Auskunft geben müssen, wenn "nur" ein Täuschungsfall vorliegt. Frau Ministerin Puttrich als Vorsitzende der Verbraucherschutzministerkonferenz ist hier ganz besonders gefordert.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, auf die Bundesregierung einzuwirken, damit diese sich auf EU-Ebene für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung von Fleisch einsetzt.
3. Der Landtag hält es für erforderlich, die Transportwege sowohl der zur Schlachtung bestimmten als auch des Fleisches bereits geschlachteter Tiere und von Fleischprodukten nachvollziehbar zu machen, um nicht nur das Ursprungsland, sondern auch die Zwischenstationen erkennen zu lassen.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept zur besseren Kontrolle von verarbeiteten (Tiefkühl-)Produkten vorzulegen, sämtliche Untersuchungsergebnisse der Behörden zum Pferdefleischskandal offenzulegen und ein Internetportal einzurichten, um Verbraucher frühzeitig auf Verdachtsfälle aufmerksam zu machen.
5. Die Landesregierung wird zudem aufgefordert, die Personalausstattung der Lebensmittelüberwachung in Hessen zu erhöhen. Dies soll durch Zuweisung der entsprechenden Mittel an die Landkreise zur Schaffung dreier zusätzlicher Personalstellen pro Kreis für die Lebensmittelüberwachung erfolgen. Die Finanzierung ist durch von den Kommunen zu erhebende kostendeckende Gebühren kostenneutral.
6. Der Landtag kritisiert in diesem Zusammenhang die Ablehnung des SPD-Antrages zuletzt zum Haushaltsplan 2013/2014 durch CDU/FDP, mit dem die Fraktion eine solche Verbesserung des Verbraucherschutzes gefordert hatte.

Begründung:

Der aktuelle Lebensmittelskandal im Zusammenhang mit als Rindfleisch deklariertem Pferdefleisch beweist, dass die Hürden des Verbraucherinformationsgesetzes zu hoch sind. Gegenwärtig werden Betriebe der Lebensmittelindustrie dahin gehend geschützt, dass Behörden gegenüber anfragenden Verbraucherinnen und Verbrauchern keine Auskunft geben, solange nur ein Täuschungsfall vorliegt. Dieser Schutzmechanismus des Gesetzes

bewirkt, dass beispielsweise Umetikettierungen nach überschrittenen Mindesthaltbarkeitsdaten, der Fund von Gammelfleisch oder auch irreführende Produktkennzeichnungen - wie im gegenwärtigen Fall - nicht offengelegt werden müssen.

Darüber hinaus gibt es derzeit auf EU-Ebene noch keine verpflichtende Herkunftskennzeichnung für Fleisch. Dies muss geändert werden. Die Bundesregierung hat deshalb die Verpflichtung gegenüber allen Verbraucherinnen und Verbrauchern, sich gegenüber der EU für die Schließung dieser gesetzlichen Lücke einzusetzen.

Wiesbaden, 19. Februar 2013

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Fuhrmann
Gremmels
Eckert
Lotz
Dr. Pauly-Bender